



VW-Affäre wirft Fragen auch für DC-Betriebsrat auf: Nur „gläserene Taschen“ schaffen Transparenz!

Dunkler Schatten auf der Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten:

Presseberichten zur Folge nahmen im VW - Konzern Betriebsräte Vorteile in Anspruch, die in jedem Fall höchst unmoralisch, vielleicht sogar illegal sind. Viele Kollegen fragen sich: Sind solche Vorkommnisse auch bei DC möglich? Einige Kollegen fragen: „Ab und zu verwundert es uns schon, wie schnell manchmal die BR-Spitze die gleiche Position vertritt, wie die Firmenleitung. Wird da etwa nachgeholfen?“

Deshalb absolute Transparenz

Eine sofortige Offenlegung aller Einkünfte und Privilegien der Betriebsräte ist zwingend erforderlich. Dadurch wird die notwendige Transparenz hergestellt, und nur so kann jedweder Korruptionsvorwurf entkräftigt werden. Daher haben wir nebenstehenden Antrag in die Betriebsratssitzung eingebracht.

Offenlegung nicht erwünscht?

Die BR-Spitze weigerte sich jedenfalls beharrlich den Antrag zur Abstimmung zu stellen. Begründung: Er ging erst 2, statt wie üblich 3 Tage vor der Sitzung ein.

Merkwürdig: bei der Abstimmung am 15.07. über den DL-Vertrag für die Beschäftigten der Küche und Kantine hat das Kollege Lense nicht im geringsten interessiert. Auch dieser Antrag ging einen Tag zu spät ein. Wenn über die Verschlechterungen bei anderen abstimmt wird, nimmt man es nicht immer so genau mit der Geschäftsordnung des Betriebsrats. Aber wenn es um die eigenen Pfründe geht... **Wir meinen: Die Belegschaft hat ein Recht auf völlige Transparenz.**

Letzte Meldung: Diese Woche trat Kollege Lense die Flucht nach vorne an und veranlasste eine erste Info zu den Einkommensverhältnissen beim Betriebsrat. So kommt jetzt doch etwas Licht in' s Dunkel und genau das wollten wir erreichen. Allerdings sind wir nach wie vor der Meinung, dass jedes einzelne BR-Mitglied sich bereit erklären soll, seinen kompletten Verdienst aufzudecken. Und wer nichts zu verbergen hat, wird dies doch wohl auch tun.

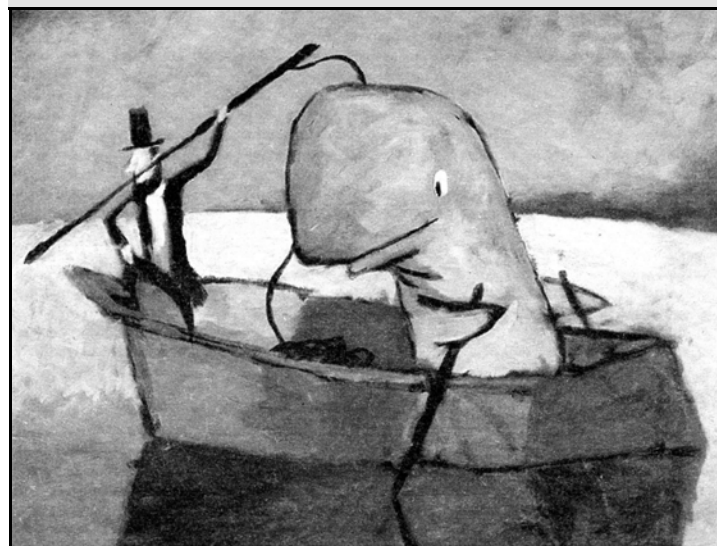
Antrag von den IGMetall - Betriebsräten und **alternative** - Unterstützern Adler, Butschler, Clauss und Messing zur Sitzung des Betriebsrats des Werkes 10/19 am 20.7.2005

Der Betriebsrat möge beschließen:

Die VW-Affäre ist im Begriff, die Glaubwürdigkeit von Betriebsräten insbesondere von Betrieben großer Konzerne massiv zu beschädigen. Um keinerlei Zweifel an seiner Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit entstehen zu lassen, beschließt der Betriebsrat Untertürkheim (Werk 10/19) völlige Transparenz über die Einkommenssituation der von der Belegschaft gewählten Vertreter herzustellen, d.h.:

1. Die Gehälter aller Betriebsratsmitglieder werden vor der Belegschaft offengelegt. Dazu gehören ebenfalls sämtliche nicht im Grundlohn enthaltenen Sonderzuwendungen wie Überstundenpauschalen
2. Es wird offengelegt und begründet, warum welche Mitglieder des Betriebsrats Arbeitsverträge auf der Basis einer 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich haben.
3. Der Betriebsratsvorsitzende legt offen, welchen Betrag aus seinen Aufsichtsratsantienemen-, Spesen und Aufwandsentschädigungen er nicht an die Hans-Böckler-Stiftung abführen muss bzw. selbst behalten kann.
4. Es wird offengelegt, welche geldwerten Vorteile welchen Betriebsratsmitgliedern von der Firma eingeräumt wurden und werden, z.B. durch privat nutzbare und genutzte Dienstwagen.
5. Diese Informationen werden schnellstmöglich in einem gemeinsamen Flugblatt des BR und auf der Intranetseite des Betriebsrats veröffentlicht.

Der Betriebsrats erklärt, dass er jede Vorteilsnahme von Betriebsratsmitgliedern - egal in welchem Unternehmen - als schädlich für eine unabhängige Interessenvertretung der Belegschaft ansieht und deshalb ablehnt. Ebenso zurückzuweisen sind die Angriffe auf die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, die in Zusammenhang mit der VW-Affäre von Unternehmern, CDU und FDP verschärft werden.



Als Moby Dick klar wurde, dass mit Walfang ein gut Stück Geld zu machen wäre, wechselte er rasch die Seite.

Arbeitszeitverlängerung für P/GS beschlossen:

Mit 27 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung hat der Betriebsrat am 15.07. die Anwendung des DL-Tarifs für die Beschäftigten von Küche /Kantine beschlossen. Aus unserem Antrag (siehe rechts) wurden auf Vorschlag von Helmut Lense und mit Mehrheitsbeschluss die unterstrichenen Passagen herausgestrichen. Die BR-Mehrheit sieht weiterhin in den faulen Kompromissen mit Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung den alternativlosen Weg zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen.

LOG/TM: Centerleitung setzt auf Fremdvergabe

Im Center Logistik scheint die Werkleitung jetzt mit Fremdvergabe ihre Kostenziele umsetzen zu wollen. Dabei dürfen wir nicht zuschauen. Wir müssen jetzt alle gemeinsam Vorbereitungen treffen, geplante Fremdvergaben in LOG zu verhindern. Es wird sich schnell zeigen, wie ernst es die Betriebsratsmehrheit um die Kollegen Lense und Nieke mit ihrer Abstimmung über unseren Antrag meint. Schließlich haben auch sie sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, wie rechts unter 4. beschrieben, ein Konzept zur Gegenwehr zu entwickeln. **Also los geht's: Alle gemeinsam gegen Fremdvergabe!**

Antrag von den IGM-Betriebsräten und **alternative** - Unterstützern Adler, Butschler, Clauss und Messing zur BR-Sitzung am 15.7.2005

Der Betriebsrat Werk 10/19 möge beschließen:

Gemeinsam gegen Fremdvergabe und Billigtarif für „Dienstleister“

1. Der Betriebsrat sieht es als Aufgabe jedes Betriebsratsmitglieds an, in allen DLZ-Bereichen gegen die Bedrohung der KollegInnen mit Fremdvergabe Position zu beziehen.
2. Der Betriebsrat lehnt Fremdvergaben ebenso ab wie Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung in den DLZ-Bereichen.
3. Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung als Weg zur Vermeidung von Fremdvergaben in DLZ-Bereichen geben keine ausreichende Sicherheit für die betroffenen KollegInnen, sondern ebnet der Firma den Weg zu weiteren Angriffen in allen anderen Bereichen. Damit wird die 35-Stunden-Woche zur Disposition gestellt.
4. Gegen Fremdvergabe einerseits und Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung andererseits entwickelt der Betriebsrat gemeinsam mit Vertrauensleuten und Betroffenen ein Konzept zur Gegenwehr. Dazu gehört u.a.:
 - ▶ Betriebsrat, Vertrauensleute und Gewerkschaft müssen ein gemeinsames Konzept zur Gegenwehr gegen Fremdvergaben erarbeiten. Dazu gehört u.a.:
 - ▶ Unterstützung des Widerstands in den DLZs statt Angstmache
 - ▶ Sensibilisierung der *gesamten* Belegschaft
 - ▶ Gemeinsame workshops und Schulungen von Vertrauensleuten und Interessierten aus DLZs und anderen Bereichen zur „Gefahrenanalyse“ und zur Vorbereitung von Aktionen
 - ▶ Nutzung aller Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, um Druck auf die Firma aufzubauen
 - ▶ An die Öffentlichkeit gehen, um Druck auf die Firma aufzubauen
 - ▶ Kampagne um in Betrieben, die Industrienahe Dienstleistungen anbieten, gewerkschaftliche Organisation und Standards zu erhöhen
 - Tarifverträge durchzusetzen und verbessern
 - ggf. Betriebsräte und VKs zu bilden
 - ▶ „Patenschaften“ im Betrieb für versch. Fremdfirmen aufbauen zur Unterstützung und praktischen Zusammenarbeit.

Sehr geehrter Herr Clauss,

auch wenn wir uns nicht kennen, möchte ich Ihnen auf diesem Weg ein paar Worte zukommen lassen. Als Leiter des Bereichs Arbeits- und Sozialrecht liegt mir am Herzen, dass die geltende Betriebsverfassung eingehalten wird.

Ich habe vor kurzem die "alternative" Nr. 6 gelesen. Darin ist ein Beitrag von Ihnen veröffentlicht, in dem Sie sich gegen den Dienstleistungstarifvertrag und Fremdvergabe von Arbeitsaufgaben aussprechen. Wörtlich: "Dagegen muss der ganze Betriebsrat und die Vertrauensleute Front machen! In der gesamten Belegschaft kann und muss dagegen Widerstand und Aktion vorbereitet werden - und zwar ab sofort! Zur Tagesordnung übergehen ... damit muss in diesem Betrieb endgültig Schluss sein!"

Diese Worte kann ich nur als Aufruf zum Widerstand interpretieren. Sie wissen, dass Sie als Betriebsrat die gesetzliche Pflicht haben, alle Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Friede des Betriebs beeinträchtigt werden (§ 74 Abs. 2 BetrVG). Hinzu kommt, dass die Entscheidung, Arbeitsaufgaben von Dritten erbringen zu lassen, eine unternehmerische Entscheidung ist, die nicht mitbestimmungspflichtig ist. Im Übrigen, soweit es um die Umsetzung des Dienstleistungstarifvertrages geht, handelt es sich hierbei um geltendes Tarifrecht, dessen Einhaltung zu überwachen gerade Aufgabe des Betriebsrats ist.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich an Sie als Betriebsrat, künftig Ihre Pflichten aus dem Betriebsverfassungsgesetz Ernst zu nehmen.

Wir können gerne hierüber auch persönlich sprechen, Sie können mich jederzeit hierzu anrufen.

Freundliche Grüße

Ekkehard Spieler

DaimlerChrysler AG,

PAP/ASR, Arbeits- und Sozialrecht

Offener Brief

Antwort auf Einschüchterungsversuch der Rechtsabteilung von DC:

Sehr geehrter Herr Spieler,

Ich muss mich schon sehr wundern über Ihr merkwürdiges Verständnis von Meinungs- und Pressefreiheit. Ich glaube nämlich nicht, dass das Betriebsverfassungsgesetz diese Grundrechte aufhebt. Außerdem sollten wir doch folgendes klarstellen: Wenn jemand in der letzten Zeit den Betriebsfrieden in Frage gestellt hat, dann war dies der Vorstand mit seinen ständigen Erpressungen der Belegschaft gegenüber. Wenn es Ihnen aber ein Bedürfnis sein sollte, mit mir darüber persönlich zu sprechen, so stehe ich gerne zur Verfügung. Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen dann auch gleich aus dem Werk 10 einige Verstöße gegen geltendes Tarifrecht und gesetzliche Vorschriften zur Kenntnis geben. Mit freundlichem Gruß



Michael Clauss
Betriebsrat, Tel. 67977

Mit CORE und Fremdvergaben: Kaputtsparen bis zum Klimakollaps?

Krebserzeugende Feinstaubbelastung der Atemluft in unseren Städten hat in den letzten Monaten Schlagzeilen gemacht. Längst ist bekannt, dass die ultrafeinen Staubpartikel, vor allem aus dem Straßenverkehr, nicht nur die Atemwege belasten. Über die Blutbahn werden sie vielmehr aus der Lunge in andere Organe transportiert und schädigen sie – von der Niere bis zum Herz, sogar das Gehirn wird angegriffen. Russpartikel aus Dieselabgasen spielen dabei eine nachgewiesene wichtige Rolle. Und seit der Dieselstaub jetzt wieder negativ Aufsehen erregt, wirbt DaimlerChrysler mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen für den demnächst serienmäßig eingebauten Dieselpartikelfilter in Mercedes-Fahrzeugen. Dutzende von kerngesunden, glücklichen bunten Tierchen lachen einen da aus der Zeitung an - zum Glück gibt es die blauen Umweltengel wie Jürgen Schrempp, Eckart Cordes, ...und alles wird gut! Oder???

Dass der Dieselpartikelfilter bald serienmäßig kommt, ist wichtig, aber auch allerhöchste Zeit. „Das Beste oder nichts“ soll der alte Gottlieb Daimler einmal gesagt haben. Der heutigen Konzernspitze muss man das aber inzwischen wieder ins Stammbuch schreiben: wer an der Spitze stehen will, darf nicht warten, bis die öffentliche Diskussion und die Konkurrenz einen zwingen, nachzuziehen.

Hat das nicht schon Peugeot beim Russfilter, Toyota beim Hybrid-Antrieb längst vorgemacht?

Bereits seit Jahren sind die Gesundheitsschäden durch Dieselrußpartikel bekannt und in der Diskussion. Und genauso lang wurde vom Vorstand abgewiegelt und verzögert, statt sich mit Innovation an die Spitze zu setzen und Problemlösungen anzubieten.

VERDAMMT LANG HER:

„DAS BESTE ODER NICHTS“ Auch die Betriebsratsspitze hat sich dabei bisher wirklich nicht mit Ruhm bekleckert: Statt unbequemer Stachel im Fleisch des Managements zu sein und hier aufs Tempo zu drücken, ließ der stv. BR-Vorsitzende Nieke schon vor 2 Jahren einen für den Scheibenwischer geschriebenen kritischen Artikel zum Ruß-Thema wegzensieren – er hätte ja womöglich die Herrschaften ganz oben ärgern können...

Diese Haltung hat leider Tradition und heute sogar wieder Hochkonjunktur in der Firma. Schon vor vielen Jahren, bei der Einführung des Katalysators, hat der Daimler-Vorstand nicht vorwärtsgetrieben, sondern so lang wie möglich Verzögerungstaktik gemacht. Um dann am Ende doch dazu gezwungen zu werden.

Weder aus der Katalysator- noch aus der Russpartikelfilter-Diskussion haben die Vorstände etwas Vernünftiges gelernt.

DC: WIR BREMSEN FÜR PROFITE

Das jüngste Beispiel für ihre unerträglich rückwärts gewandte Bremserpolitik ist in Kalifornien zu besichtigen. Dort wurde Ende 2004 eines der

schärfsten Klimaschutz-Gesetze der USA beschlossen, um die Emission von Treibhaus-Gasen (CO₂) von Neufahrzeugen ab 2009 zu reduzieren, auf knapp **200gr.** Kohlendioxid pro gefahrenem Kilometer bis 2012.

Gegen dieses Gesetz klagt inzwischen DaimlerChrysler, zusammen mit u.a. VW, BMW und Porsche vor dem kalifornischen Staatsgerichtshof. Statt alles zu tun, um vorbildlich schnell dies Ziel zu erreichen. In Europa hatten sich die Autokonzerne übrigens bereits „selbst verpflichtet“, bis 2008 den CO₂-Ausstoß für Neufahrzeuge sogar auf **140gr.** (!) zu verringern – um gesetzliche Auflagen zu vermeiden. Wie ernst solche Selbstverpflichtungen gemeint sind, zeigt die Klage in Kalifornien.

Wer glaubt, mit einem Milliarden-Sparprogramm nach dem nächsten auf dem Rücken der Belegschaft wieder ganz nach vorne zu kommen, ist auf dem Holzweg. Der bedient zwar schnell die Profitgier von Grossaktionären, nicht aber die Anforderungen der Gesellschaft und der Kunden an fortschrittliche, umweltfreundliche Mobilität.

STATT KAPUTTSPAREN: JETZT UMSTEUERN! UND ZWAR SUBITO!!

Wer eine Entwicklungsleistung nach der andern fremd vergibt, kann vielleicht schnell und rabiat die Preise drücken, ist aber nicht mehr am Drücker, wenn es um Umwelt- und Gesundheitsschutz geht. Dasselbe gilt für Fremdvergaben in Produktions- und Dienstleistungsbereichen.

Gerade weil es um die Absatzzahlen von Mercedes nicht zum Besten steht, braucht der Vorstand dringend Druck zum Umsteuern aus Belegschaft, Betriebsrat, und Gewerkschaft.

Erstens Gegenwehr organisieren gegen die Kaputtsparrprogramme

der Herren Cordes und Co., **Zweitens** Widerstand leisten gegen Fremdvergaben und demotivierenden Billigtarif in den DLZs und anderswo, **Drittens** mehr Druck machen für Gesundheits- und Umweltschutz – das ist das Beste Zukunftssicherungsprogramm für unsere Arbeitsplätze!



Thomas Adler
Betriebsrat, Tel. 60140

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Nervosität bei den Machthabern nimmt allenthalben zu – in der großen Politik, wie im kleinen hier im Betrieb. Die ganz große Koalition aus SPDCDUFDGPRÜNE gerät in Panik über den wachsenden Zuspruch für die neue Linkspartei. „Alles „Populisten und Selbstdarsteller, denen es gar nicht um die Verbesserung der Lage der Menschen geht!“

Die gleichen schrillen Töne beleidigen mittlerweile die Ohren jedes vernünftig und ruhig veranlagten Zeitgenossen auch hier im Betrieb. Kaum eine Scheibenwischerausgabe, kein Flugblatt der Betriebsratsspitze kommt mehr aus ohne dieselben langweiligen Unterstellungen gegen die Kollegen der **alternative**:

Es ginge uns gar nicht darum, den Kollegen zu helfen, wir hätten keine Vorschläge, und nur kämpfen sei keine Lösung. Wir überlassen es den KollegInnen und Kollegen in den Hallen, zu beurteilen, ob das stimmt oder nicht. Nur ein Hinweis sei uns gestattet: Lohnfragen sind mit die wichtigsten für die KollegInnen. Und hier sprechen die Fakten doch eine deutliche Sprache: die direkten Löhne in Mettingen liegen im Durchschnitt 1 AW über denen des übrigen Werks, gegenüber Heffelfingen sogar um 2 AW. Die höchsten Löhne im Produktionsbereich überhaupt gibt es in der Presserei, durchgesetzt von der Mannschaft und ihrem alternativen-Bereichsbetriebsrat...

Auch der Vorwurf, wir stünden „generell gegen die Politik der IG Metall“ hat keinerlei sachliche Grundlage. Wer uns kennt, weiss es: wir waren, sind und bleiben engagierte Gewerkschafter. Nur: wir bestreiten der Spitze des Betriebsrats das Recht, einfach von oben zu bestimmen, was die richtige Politik der IG Metall-Betriebsräte für die Belegschaft ist. Deshalb lassen wir uns nicht mundtot machen.

Nicht einmal durch den jetzt von der Fraktion um H. Lense, W.Nieke und K.Reif durchgepackten Ausschluss der Kollegen der **alternative** von der Kandidatur auf der Betriebsratwahl-Liste der IG Metall. Die IG Metall gehört den Mitgliedern, nicht einem dutzend Top-Betriebsräten.

Der Belegschaft und den Mitgliedern sind wir verpflichtet, nicht der BR-Spitze und nicht der Firmenleitung. Auch die reagiert inzwischen ausgesprochen nervös – hat sie doch das allergrösste Interesse an einem handzahn Betriebsrat, der lieber bei Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau mitzieht, statt Gegenwehr gegen Fremdvergabe zu organisieren. (siehe das Schreiben links unten auf S.2).

Hier also, allen Einschüchterungsversuchen zum trotz: die Nummer 8 der **alternative** – unzensurierte, ungeschminkte Informationen aus der Daimler-Welt. Parteilos, aber immer parteiisch für die Kolleginnen und Kollegen!

Thomas Adler, Hans-Jürgen Butschler, Michael Clauss, Markus Messing, Michael Ade, Martin Bott, Hermann Brune, Cafer Cankar, Dimitrios Charizanis, Alexander Dittel, André Halfenberg, Roland Heide, Stefan Jung, Norbert Matzek, Mitzi Ostojic, Fritz Patig, Miguel Revilla, Denis Reichelt, Serkan Senol, Rolf Trautmann, Frank Zanetini, und viele andere KollegInnen

Das Märchen von der schlechten Wettbewerbsfähigkeit

Wir sind nicht so schlecht wie uns Politiker und Unternehmer immer öfter einreden wollen. Wie sonst ist zu erklären, dass jede fünfte Maschine, die auf den Weltmarkt kommt, in Deutschland hergestellt ist. Wie sonst ist es zu erklären, dass wir 10 Prozent der Weltexporte produzieren; dass wir in den letzten Jahren immer wieder Exportweltmeister waren vor USA und Japan?

Arbeitgeber wollen nur mehr Profit

Wenn Unternehmer die Wettbewerbsfähigkeit steigern wollen, geht es ihnen doch in Wahrheit nur darum, ihren Gewinn zu steigern. Und dabei fällt ihnen meist nichts anderes ein, als uns Verschlechterungen aufzudrücken: längere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, weniger Urlaubstage, Wegfall vom freien Wochenende, Streichung der Schichtzulagen - alles soll auf den Prüfstand. Dass mit all diesen Forderungen die Binnennachfrage weiter sinkt und die Arbeitslosigkeit weiter steigt, nehmen die Herren Unternehmer gerne billigend in Kauf. Die hohe Arbeitslosigkeit stört die Herren Unternehmer in Wirklichkeit nicht im geringsten. Mit der Angst um den Arbeitsplatz und vor Hartz IV hätten sie uns gern noch erpressbarer. Das ständige Gejammer der Arbeitgeber über zu hohe Lohnnebenkosten ist heuchlerisch. Sind es nicht sie, die einen großen Teil davon produzieren: Wer macht uns denn krank mit immer stressigerer Arbeit? Und es sind doch wohl auch die Unternehmer, die Massenarbeitslosigkeit schaffen. Eines müsste uns doch langsam klar werden: Von der weltweiten Wettbewerbsspirale profitieren doch nur die reichen Unternehmer. Konkurrenz unter den Arbeitern und Angestellten führt nur zu Verschlechterungen bei uns. Und deshalb müssen wir uns endlich wehren gegen die Verzichtsorgien und den Schwindel mit der Wettbewerbsfähigkeit!



André Halfenberg,
IGM - Vertrauensmann

Wir wünschen allen KollegInnen einen erholsamen Urlaub und gesunde Rückkehr!

Firma muss Lohn mit Zinsen zurückzahlen:

Fritz Patig gewinnt vor dem Arbeitsgericht

Wir berichtet, hatte die Firma dem Kollegen Patig wegen angeblich unberechtigter Ersatzbetriebsratsstätigkeit Lohn abgezogen. Per Gerichtsurteil vom 23. Juni muss sie nun den vorenthaltenen Lohn mit Zinsen nachzahlen. Folgendes muss man wissen: das Betriebsverfassungsgesetz regelt klar, dass für abwesende BR-Mitglieder automatisch Ersatzmitglieder in der Reihenfolge der jeweiligen Betriebsratsliste nachrücken. Das setzt aber offene Information über die Abwesenheitszeiten der Betriebsräte voraus. Woher soll ein Ersatzbetriebsrat denn sonst wissen, ob er gerade im Amt ist oder nicht? Dass diese Info fließt, dafür ist der BR-Vorsitzende verantwortlich. Mit seiner Weigerung, Fritz Patig über Abwesenheitszeiten der Betriebsräte zu informieren, hat Helmut Lense den Kollegen Patig überhaupt erst in die missliche Lage gebracht. Bis heute erhält Fritz Patig diese Information vom BR-Sekretariat über Abwesenheit von BR-Mitgliedern nicht—auf Anweisung von Helmut Lense. Wir fordern den BR-Vorsitzenden auf, endlich die notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Transparenz zu schaffen!



Fritz Patig
IGM-Ersatzbetriebsrat

Vererbungsfragen

von Knut Becker

**Fünfundsechzig
werde ich jetzt - so manches
habe ich erarbeitet
mit den Jahren
So langsam komme ich
in das Alter wo ich
überlege
was meine
Nachkommen
von mir erben werden
Fünfunddreißig-Stunden-Woche
Weihnachtsgeld
Urlaubsgeld Arbeitsplatzsicherheit
soziale Sicherheit
Ich könnte vor Zorn
platzen wenn ich
sehe wie sie sich
widerstandslos
abluchsen lassen
was sie von uns
hätten
erben
können**

Leserbrief

In der Aprilausgabe des Scheibenwischer wurde darüber informiert, dass die Briefe zur Mitteilung der Alterssicherungsbeträge an viele gewerbliche Mitarbeiter nicht verschickt wurden und der Lohnausschuss sich jetzt darum kümmern würde?! Bis heute wartet aber ein Teil der gewerblichen Mitarbeiter immer noch darauf. Wenn sich Betriebsräte schon rühmen, dafür zu sorgen, dass die Briefe verschickt werden, sollten sie dies dann auch tun.

Ein verärgertes IGM-Mitglied (Name der Redaktion bekannt)

Sommerzeit – Motorradzeit und Parkplatznot

Jetzt haben wir wieder die heiße Jahreszeit und die Kollegen nutzen das schöne Wetter, um mit Fahrrad oder Motorrad zur Arbeit zu fahren. Aber wie jedes Jahr gibt es wieder zu wenig Zweiradparkplätze.

Wenn man aber einige PKW-Parkplätze über den Sommer mit flexiblen Trennpfosten aufteilt, könnte man so die Parkplätze für Zweiradfreunde erhöhen. Im Winter bräuchte man dann nur die Trennpfosten wieder abschrauben. Hier könnte die Werkleitung mal sinnvolle Flexibilität beweisen.

Michael Clauss, BR, Tel 67977

Dezember-Betriebsversammlung in der Schleyerhalle?

Wegen den angeblich viel zu beengten Platzverhältnissen bei Betriebsversammlungen in Untertürkheim und Mettingen soll die Dezemberversammlung in der Schleyerhalle stattfinden. Viele haben noch die „Showveranstaltung“ im Juli letzten Jahres nach Abschluss der sogenannten „Zukunftsvereinbarung“ im Gedächtnis. Ob derartige Großveranstaltungen ausreichend Raum für die notwendige kritische Diskussion bieten oder nicht viel eher den Charakter von selbstbeweihräuchernden „Hossiana“- Versammlungen haben, ist noch offen. In jedem Fall aber muss eines klar sein: Wenn wir die Werkteilversammlungen zusammenführen, gibt es absolut keinen Grund mehr, nicht auch wie andere Werke extra Versammlungen für Spät- und Nachtschicht durchzuführen. Einen entsprechenden Antrag haben wir bereits in der letzten Betriebsratsitzung angekündigt.